

<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/AKTUELL/2006/47/108.htm>

Der Tagesspiegel, 26.11.2006

Kampf um Eden

Riesige Dämme sollen Euphrat und Tigris aufstauen. Dadurch gewinnen alle, sagt die türkische Regierung. – Bis auf ein paar Kurden

Von Tobias Zick, Hasankeyf

Sie hatten nicht geglaubt, dass der Euphrat sich gegen sie erheben würde. Sie ahnten es erst, als das Rauschen verstummte, das Wasser sich zu einem Spiegel glättete und stieg und stieg; der Fluss schluckte ihre Aprikosenhaine, die Weiden und die Gräber ihrer Vorfahren, und als er selbst an den Schwellen ihrer Häuser nicht haltmachte, wussten sie, dass es Zeit war zu fliehen.

Hasar Copur ist einer von ihnen, ein schlaksiger Mann Anfang 30. Er sitzt in einem Hinterhof in der südostanatolischen Stadt Birecik und sortiert heute Pistazien; ein Tagelöhner-Job. Sein Dorf und seine Felder gingen im Euphrat unter, als die türkische Wasserbehörde im Herbst 2000 die Schleusen des Birecik-Staudamms schloss, gebaut unter Federführung des deutschen Baukonzerns Philipp Holzmann, gedeckt von einer Hermes-Bürgschaft der Bundesregierung. Schätzungsweise 30 000 Menschen verloren ihre Heimat oder zumindest einen Teil ihres Landes. „Am Tigris wird jetzt das Gleiche passieren wie mit unseren Dörfern“, sagt Hasar Copur.

Die Türkei pflügt den Garten Eden um. Die biblischen Ströme Euphrat und Tigris, Lebensadern früher Hochkulturen, werden mit Hilfe deutscher Ingenieurskunst in Seenketten verwandelt. 22 Staudämme, etliche weitere an kleineren Flüssen nicht mitgerechnet, will die türkische Regierung in einem der größten Regionalentwicklungsprojekte der Welt errichten. Sie nennt das ihr „Südostanatolien-Projekt“, auf Türkisch abgekürzt: „GAP“. Die Wasserkraftwerke sollen mehr als ein Drittel des Energiebedarfs der Türkei decken, die Erträge der Landwirtschaft sich durch Bewässerung vervielfachen. Durch die Staudämme könne in dem hauptsächlich von Kurden besiedelten Gebiet „eine neue und Hoffnung verheißende Zivilisation“ entstehen, heißt es auf einer Internetseite der Regierung.

Die irische Archäologin Maggie Ronayne nennt die geplanten Dämme dagegen eine „kulturelle Massenvernichtungswaffe“. Heiligtümer religiöser Minderheiten seien von den Fluten bedroht, archäologische Schätze wie die antike Stadt Hasankeyf, Lebensräume seltener Tierarten. Mindestens 150 000 Menschen, befürchten Kritiker, sind vom Bau der Dämme betroffen.

Wasser als Waffe? Die Suche nach einer Antwort beginnt in einem Büro im Südosten der Türkei; im Schreibtischstuhl sitzt ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des GAP-Projekts, die Hände kneten nervös die Armlehnen. Sein Name soll auf keinen Fall in der Zeitung stehen, sagt er. Das könnte ihn die Karriere kosten, wenn nicht sogar mehr. „Bei den Dämmen steht nicht die Energieausbeute im Vordergrund“, sagt er. „Gestautes Wasser ist Macht.“

Der Mann erinnert sich an Gespräche aus seiner GAP-Zeit; an Gouverneure und hohe Militärs, die sagten: Wenn das Wasser steigt, dann können sich in den Höhlen keine Terroristen mehr verstecken, dann sind ihre Wege durch die Täler abgeschnitten. Und: Wer sich gegen das Projekt stellt, ist ein Unterstützer der PKK.

Weite Teile des GAP-Gebietes waren in den 90er Jahren in der Tat ein Kriegsschauplatz; die türkische Armee kämpfte gegen kurdische Rebellen. Um die Oberhand über die zerklüfteten, bergigen Kurdengebiete zu gewinnen, bombardierte und verbrannte das Militär mehr als 3000 Dörfer, schätzt der Leiter des Zentrums für internationale Studien am MIT in Massachusetts, John Tirman. Mehr als zwei Millionen Menschen habe der Krieg in die Flucht getrieben, viele davon in die Armenviertel der Großstädte. Die Einwohnerzahl von Diyarbakir etwa, der größten Stadt im Südosten, stieg zwischen 1991 und 1996 von etwa 380 000 auf 1,3 Millionen an. Mit einem solchen Ausmaß „innerer Vertreibung“, schreibt Tirman, stehe die Türkei weltweit auf Platz zwei. Direkt hinter dem Sudan.

„Nach der Zerstörung der Bergdörfer wird die PKK isoliert sein“, schrieb 1993 der damalige Staatspräsident Turgut Özal in einem regierungsinternen Papier, das türkische Zeitungen später veröffentlichten: „Eine Möglichkeit, die Rückkehr der Menschen in die Dörfer zu verhindern, ist der Bau einer großen Zahl von Staudämmen an geeigneten Stellen.“

Eine Fahrt mit dem öffentlichen Kleinbus in die Berge Ostanatoliens; die Straße windet sich immer steilere Hänge hinauf, in den Tälern plätschern kleine Wasseradern. Der Bus hält an einem Militär-Checkpoint, zwei Soldaten sammeln die Pässe ein. Der Ausländer muss aussteigen. „Was wollt ihr Europäer hier?“, schnauzt ein Mann, „wollt ihr uns Demokratie beibringen?“

Es ist die Straße nach Tunceli, in jene Bergprovinz, die vielen Türken bis heute als kurdisches Rebellennest gilt. Dort plant die Türkei sechs Staudämme an einem kleinen Gebirgsfluss. Alle paar Kilometer entlang der Landstraße steht ein funktionsfähiger Panzer; von einem Berghang leuchtet in weißen Lettern ein Motto des Republikgründers Atatürk: „Glücklich, wer sich Türke nennen kann.“

Tunceli hieß bis in die 30er Jahre hinein Dersim. Die Menschen sprechen einen eigenen kurdischen Dialekt, der bis in die 90er Jahre streng verboten war. Sie bekennen sich zum Alewitentum, einem Glauben, der islamische Einflüsse mit

vorislamischen Elementen aus der Lehre des Zarathustra vereint. Kopftuchzwang und islamisches Recht lehnen die Alewiten ab, Frauen und Männer beten gemeinsam, Berge und Flüsse gelten als heilig.

In den 90ern war Tunceli einer der Hauptschauplätze der Gefechte, noch heute kämpft das Militär in den Bergen gegen versteckte Guerilleros. In der Provinzhauptstadt wartet ein einheimischer Behördenmitarbeiter, auch er hat Angst, seinen Namen veröffentlicht zu sehen. „Wenn die Staudämme kommen, wird hier nichts mehr sein“, sagt er, „die Spuren von Massakern in den 30er Jahren, unsere heiligen Stätten, die noch übrigen Dörfer im Tal.“

Der Munzur, Lebensader der Region, ist einer der Quellflüsse des Euphrat; sein Wasser sprudelt durch eine wildgrüne Gebirgslandschaft, die seit 1971 als Nationalpark ausgewiesen ist; mindestens 18 Pflanzen- und Tierarten leben hier, die es sonst nirgends auf der Welt gibt. Die Menschen pilgern zu den Quellen oder zum Schrein der Wassergöttin Ana Fatma, um Kerzen aufzustellen und Wünsche auszusprechen.

Ein Istanbuler Gericht hatte im Sommer 2005 den geplanten Bau des größten der sechs Munzur-Dämme, mitten im Nationalpark, für rechtswidrig erklärt. Die Kläger hatten argumentiert, die Munzur-Dämme würden nur 0,9 Prozent der türkischen Gesamtenergiemenge aus Wasserkraft bringen. „Hier geht es nicht um Energie“, sagt der Behördenmitarbeiter. „Hier geht es darum, unsere Region ein für allemal ruhigzustellen.“

Gegen den Gerichtsbeschluss legte das Amt von Ministerpräsident Erdogan gemeinsam mit zwei anderen Behörden Widerspruch ein, eine höhere Instanz gab grünes Licht. Ein Konsortium unter der Leitung der US-Firma Stone & Webster soll Damm und Wasserkraftwerk bauen, auch die österreichische Strabag AG ist dabei. Man wisse nichts über den Fortgang des Projekts, heißt es dort, im Übrigen sei man allein an „Vorplanungsarbeiten“ beteiligt gewesen.

Etwa 150 Kilometer weiter südöstlich, dort, wo zwischen steilen, von Höhlen durchsetzten Felswänden der Fluss Botan in den Tigris mündet. Faik Aydin, 47, steht vor einem Steinhaufen, der einmal sein Haus war. Sein Dorf kommt auf neueren Landkarten nicht mehr vor; darauf ist entlang des Tigris bereits ein gewaltiger Stausee namens Ilisu eingezeichnet, der zweitgrößte im Rahmen des GAP.

Das Wasser ist noch nicht da, das Land ringsum noch überzogen von Gras und dürrerem Gestrüpp. Die Häuser liegen in Trümmern. „Wir waren hier 75 Familien“, sagt er mit vibrierender Stimme, „viele davon haben wir aus den Augen verloren.“ Faik Aydin erzählt, wie 1994 die Soldaten kamen, das Dorf zerstörten und die Felder in Brand steckten; die Männer hatten sich geweigert, „Dorfschützer“ zu werden, sich dem bewaffneten Kampf gegen die PKK anzuschließen. Faik Aydin lebt jetzt mit seiner Familie in der Großstadt Batman; wenn er auf seine Felder

will, muss er einen Checkpoint der Gendarmerie passieren und eine Genehmigung beantragen, für einen Tag; über Nacht zu bleiben ist verboten.

Bekommt er eine Entschädigung, wenn der Ilisu-Staudamm nun die Überreste des Dorfes flutet? Er lacht kurz auf. Es klingt bitter. „Nicht, dass ich wüsste. Ich wüsste nicht einmal, wen ich danach fragen soll.“

Der Ilisu-Staudamm, auf Landkarten längst Realität, hätte bereits 2002 gebaut werden sollen, doch damals platzte das internationale Konsortium; die britische Baufirma Balfour Beatty zog sich wegen „ökologischer und sozialer Bedenken“ zurück, ebenso die Schweizer Bank UBS. Nun gibt es ein neues Konsortium, angeführt von der Wasserkrafttochter VA Hydro Tech des österreichischen Mischkonzerns Andritz, beteiligt sind auch der Schweizer Anlagenbauer Alstom und der deutsche Baukonzern Züblin. Die deutsche Regierung prüft derzeit den Züblin-Antrag auf eine Hermes-Bürgschaft über etwa 100 Millionen Euro; in der Schweiz und in Österreich laufen ähnliche Verfahren.

Laut dem deutschen Bundeswirtschaftsministerium könne die geplante Investition von über zwei Milliarden Euro in der wirtschaftsschwachen Region „dazu beitragen, Konflikte zu verringern“, die türkische Regierung habe sich dazu verpflichtet, „die Lebensgrundlage der betroffenen Bevölkerung im Rahmen der geplanten Umsiedlung wiederherzustellen“. Käme das Geld für den Staudamm aus Europa, wäre es wenigstens an Auflagen gebunden: Derartige Vereinbarungen seien „nur dann kontrolliert zu verwirklichen, wenn sich die Exportkreditversicherungen der drei Länder in diesem Projekt engagieren“.

350 Kilometer südöstlich von Faik Aydins zerstörtem Dorf, im Nordirak, soll das Volk 2007 darüber abstimmen, ob die Ölstadt Kirkuk einer „Autonomen Region Kurdistan“ beitrifft. Das Kirkuk-Referendum müsse „unbedingt verhindert werden“, schreibt Turhan Cömez, Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP, nach einer Reise in die Region an die türkische Regierung. Den Brief hat er auf seiner Internetseite veröffentlicht. In ihm steht auch: „Der Bau des Ilisu-Damms am Tigris sollte so bald wie möglich beginnen“; dieser stelle eine „sehr wichtige strategische Chance“ dar.

Inzwischen hat sich eine internationale Front von Ilisu-Gegnern erhoben; die Naturschutzorganisation WWF warnt, der Stausee werde den Lebensraum von Euphrat-Weichschildkröte und Rotlappenkiebitz vernichten. Archäologen mahnen, Hunderte antiker Stätten Obermesopotamiens drohten unterzugehen, Zeugnisse von den Ursprüngen der Landwirtschaft und der Viehzucht, Hinterlassenschaften von frühen Christen und Muslimen. Die Gegner argumentieren, man könnte das Dreifache der Kapazität des Ilisu-Kraftwerks einsparen, wenn man für das gleiche Geld das marode türkische Hochspannungsnetz instandsetzte. An der türkischen Regierung prallen diese Einwände ab. Am 5. August diesen Jahres hat der türkische Ministerpräsident Erdogan den Grundstein für den Ilisu-Damm gelegt.

Die türkische Botschaft in Berlin teilt mit, dass eine Antwort zu den Dammpjekten mindestens vier Wochen benötige. Das Ilisu-Konsortium aus VA Tech, Alstom und Züblin wiederum verweist auf eine eigens geschaltete Website, um die Argumente der Staudamm-Gegner zu entkräften; untermauert mit umfangreichen Gutachten und Studien: Allein die Bauarbeiten selbst würden mehr als 4000 Arbeitsplätze für fünf bis sieben Jahre schaffen, die Turbinen so viel Strom erzeugen wie ein großes Atomkraftwerk. Das Reservoir werde als „Lebensraum für überwintrende Enten und Gänse“ dienen; ein Foto zeigt Surfer auf einem See: Das Kraftwerk werde der Region helfen, „künftig als Tourismus- und Erholungsgebiet zu punkten“. Auch für Gerechtigkeit bei den Umsiedelungen sei gesorgt: „Das türkische System sieht faire Kompensationen für all jene vor, die Wohnraum oder auch Landeigentum verlieren, aber auch für rechtlich Besitzlose. Oft sind diese Kompensationen sogar weitreichender als in manchen westlichen Ländern.“ Faik Aydin allerdings mag solchen Verheißungen nicht recht glauben. Schließlich sei den Vertriebenen des Birecik-Damms am Euphrat Ähnliches versprochen worden.

Die Suche geht weiter, sie führt am Tigris-Steilufer entlang, das honigfarben im Abendlicht leuchtet. Plötzlich erhebt sich eine Stadt aus dem Flusstal, wie aus dem Felsen geschnitzt: Ruinen einer Seidenstraßen-Brücke, zahllose Höhlen, ein mittelalterliches Minarett; es ist die mehrere tausend Jahre alte mesopotamische Stadt Hasankeyf. Bis zur Minarettspitze könnte das Wasser steigen, heißt es; nach Protesten aus dem Ausland haben sich die türkische Regierung und das Baukonsortium bereiterklärt, für 100 Millionen Dollar Denkmäler und Kulturschätze in die höher gelegenen Teile der Stadt umzubetten, in einen „Archäologie-Park“.

Abdullah Bagac, 36, hat einen kleinen Souvenirstand mit Silberschmuck und Tonbildchen von Hasankeyf. Er führt die Besucher in ein Seitental, zwischen Felswänden entlang, zu einem kleinen Brunnen. „Wir glauben noch nicht, dass sie unsere Stadt wirklich fluten werden“, sagt er. Zwischen den Felswänden hallt das Zwitschern und Schnattern vorüberziehender Vogelschwärme; ein Baum sprießt aus dem steinigen Boden. Abdullah Bagac wirft eine Plastikkanne in den Brunnen, zieht sie am Seil wieder hinauf. „Das Wasser ist heilig“, sagt er und reicht die Kanne herum; es habe heilende Wirkung, oft kämen Kranke und Frauen, die sich Fruchtbarkeit wünschen.

Seit einigen Jahren aber fülle das Wasser, das in winzigen Tropfen durch den Felsen geronnen kommt, den Brunnen immer spärlicher. Warum, das weiß niemand so genau. Aber was es bedeutet, wenn der Brunnen versiege, das hat Abdullah Bagac schon als Kind gelernt. Sein Großvater hat es ihm erklärt. Wenn das Wasser nicht mehr fließt, sagte der Großvater, dann müssen Menschen im Anzug sein, die Böses im Herzen tragen.

